Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 20. III. BAND 10. April 1916.

INHALT:

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"
Berlin Charlottenburg, Schlüterstr. 28.

Die **Polnischen Blätter**

erscheinen am 1., 10. u. 20. jeden Monats

Bezugspreis (bei der Post und beim Verlag):

vierteljährlich: M. 3,50. — Einzelheft: 40 Pfennig.

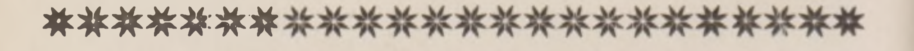
Insertionspreis: 1/1 S. 50 M. 1/2 S. 25 M.

Alle **redaktionellen** Sendungen sind zu richten:

W. Feldman, Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28

Fernspr.: Steinplatz 9923.

Unvorlangten Manuskripten ist Rückporto beizufügen.



POLEN

Wochenschrift für polnische Interessen

Redaktion und Administration:

Wien I. Wipplingerstrasse 12.

Herausgeber: Universitäts-Professor

Dr. Ladislaus Leopold Ritter v. Jaworski

Preis: 60 H. - 50 Pfg.

Vierteljährlich Postvers. 7 K. - 6 Mk.

Nr. 20. 10. April 1916.

POLNISCHE BLÄTTER

Nach der Reichskanzlerrede.

Am 5. August 1915 ist Warschau den Russen entrissen worden. Am 5 April 1916 — gerade 8 Monate nach diesem weltgeschichtlichen Ereignisse — hat der Kanzler des Deutschen Reiches die Folge dieses Ereignisses in einer historischen Rede angedeutet.

Es ist das dritte Mal, dass der leitende Staatsmann Deutschlands, umglänzt von dem unvergleichlichen Ruhm der unbezwingbaren deutschen Armee und gestützt auf die Freundschaft des glorreichen österreichischen Verbündeten, in einer Reichstagssitzung über die Schicksale Polens sich ausspricht Das erste Mal, am 19. August 1915, klangen seine Worte wie eine vornehme Begrüssung. „Geograhische und politische Schicksale hörten wir damals — haben seit langen Jahrhunderten Deutsche und Polen gegeneinander zu kämpfen gezwungen. Die Erinnerung an diese alten Gegensätze mindert nicht die Achtung vor der Leidenschaft, Vaterlandsliebe und Zähigkeit, mit der das polnische Volk seine alte westliche Kultur, seine Freiheitsliebe gegen das Russentum verteidigt und auch durch das Unglück dieses Krieges bewahrt hat. Die gleissnerischen Versprechungen unserer Feinde ahme ich nicht nach. Aber ich hoffe, dass die heutige Besetzung der polnischen Grenzen gegen Osten den Beginn einer Entwicklung darstellen wird, die die alten Gegensätze zwischen Deutschen und Polen aus der Welt schafft und das vom russischen Joch befreite Land einer glücklichen Zukunft entgegenführen wird, in der es die Eigenart seines nationalen Lebens pflegen und entwickeln kann“.

Auf die nächsten Aufgaben einer gerechten Verwaltung „unter möglichster Heranziehung der eigenen Bevölkerung“, verwies schliesslich damals die Rede, die die neue Aera der Geschichte Polens inaugurierte, ohne den Inhalt dieser Geschichte näher zu bestimmen. Eine Andeutung dieser Zukunft lasen wir jedoch aus den nächstfolgenden Worten heraus: „Wir wollen sein und bleiben ein Hort des Friedens, der Freiheit der grossen und kleinen Nationen. Ich sage das nicht nur mit Bezug auf die Völker germanischer Rasse“. Dass die Polen eine Nation — und man kann auch nicht behaupten eine kleine — bilden, ist ja selbstverständlich.

Und in der Rede vom 9. Dezember 1915 kam der Reichskanzler auf Deutschlands Kriegsziel zu sprechen. „Wollen unsere Feinde für alle Zukunft eine Kluft zwischen Deutschland und der übrigen Welt aufrichten, dann sollen sie sich nicht wundern, dass auch wir unsere Zukunft danach einrichten.

„Weder im Osten noch im Westen dürfen unsere Feinde von heute über Einfallstore verfügen, durch die sie uns von morgen an aufs neue und schärfer als bisher bedrohen“. Hier sahen wir eine Steigerung des deutschen Bewusstseins, dass das polnische Einfallstor vor den Russen geschlossen werden müsse, sollte es nicht zum Verhängnis Deutschlands werden; eine Steigerung — selbstverständlich im Interesse Deutschlands, um das polnische „Einfallstor“ zu versperren, aber auch zum Wohle der polnischen Nation, denn zur Sicherung des Gebietes, das Russland militärisch so gut auszunutzen wusste, gehört in erster Reihe die Freundschaft der historischen Bewohner dieses Gebietes.

Für jeden Kenner einer Volksseele ist es begreiflich, mit welcher Ungeduld die Polen auf das weitere, endgültige Stadium dieses stufenweise, logisch fortschreitenden politischen Denk- und Arbeitsprozesses warten. Nun erschallen in der denkwürdigen Sitzung vom 5. April die Worte: „Unsere und Österreich-Ungarns

Absicht ist es nicht gewesen die polnische Frage aufzurollen, das Schicksal der Schlachten hat sie aufgerollt. Nun steht sie da und harrt der Lösung. Deutschland und Oesterreich-Ungarn müssen und werden sie lösen. Den status quo ante kennt nach so ungeheuren Geschehenissen die Geschichte nicht. Das Polen, das der russische Tschinownik, noch heftig Bestechungsgelder erpressend, das der russische Kosak brennend und raubend verlassen hat, ist nicht mehr. Selbst Mitglieder der Duma haben offen anerkannt, dass sie sich die Rückkehr des Tschinownik, an den Platz, wo inzwischen ein Deutscher, ein Oesterreicher, ein Pole ehrlich für das unglückliche Land gearbeitet haben, nicht vorstellen können. Herr Asquith spricht in seinen Friedensbedingungen vom Prinzip der Nationalität. Wenn er das tut und wenn er sich in die Lage des unbesiegten und unbesiegbaren Gegners versetzt, kann er dann annehmen, dass Deutschland freiwillig die von ihm und seinen Bundesgenossen befreiten Völker zwischen der Baltischen See und den wolhynischen Sümpfen wieder dem Regiment des reaktionären Russland ausliefern wird, mögen sie Polen, Balten, Litauer oder Letten sein? Nein. Russland darf nicht zum zweiten Male seine Heere an der ungeschützten Grenze Ost- und Westpreussens aufmarschieren lassen, nicht noch einmal mit französischem Gelde das Weichselland als Einfallstor in das ungeschützte Deutschland einrichten".

Jedes Wort des verantwortungsvollen Staatsmannes scheint wohldurchdacht und realpolitisch begründet zu sein. Die Betonung also, dass die polnische Frage durch den Gang der Geschehnisse sozusagen automatisch aufgerollt wurde, ist eine Bekräftigung der bekannten Tatsache, dass die polnische Frage immer auf der Tagesordnung erscheint, wenn nur die Machtverhältnisse Zentral- und Ost-Europas erschüttert werden. Und eben um dieses Erscheinen für Zentral-Europa günstig zu gestalten, soll ja die Frage definitiv gelöst werden. Geographisch und vom deutschen Gesichtspunkte betrachtet, hängt sie mit

der Befreiung der Litauer, Balten und Letten zusammen; es handelt sich ja darum zwischen der Ostgrenze Deutschlands und dem Russenreiche eine Schutz- und Angriffszone zu schaffen, daher die Notwendigkeit der Losreissung vom Zarismus aller reifen, von ihn geknechteten Völker; die Polenfrage ragt jedoch unter all diesen Nationalitätenfragen unermesslich hervor. Sind doch gegenwärtig von der Russenherrschaft über 12,000000 Polen befreit; hängen ja an ihrem Schicksale die Herzen von zehn Millionen anderer Polen; ist ja für die Zukunft, für die ganze Welt dieses Schicksal von grösster Wichtigkeit. Daher das Hervorrücken dieser Angelegenheit, die noch dadurch besonders gekennzeichnet wird, dass sie im militärisch-diplomatischen Bereiche beider Mittelmächte liegt.

Ein kräftiges: Fort mit dem Status quo ante! ist das erste Programmwort des Reichskanzlers — und somit ein entschlossener Willensakt im Vergleich zu der Rede vom 9. Dezember 1915. Hatten doch manche Politiker den damals gebrauchten Ausdruck von dem „Faustpfand“ auf Polen angewandt und die Befürchtung gehegt, dass das Polenland zum Objekt der Unterhandlungen zwischen Deutschland und Russland werden konnte. Diese Befürchtungen werden ein für allemal verscheucht.

„Dass was war, ist nicht mehr, die Geschichte ist mit ehernen Schritten vorwärtsgegangen, es gibt kein Zurück“. Die Herrschaft Russlands in Polen gehört bereits der Vergangenheit an, und Deutschland — Oesterreich-Ungarn werden nicht zulassen, dass sie wiederkehrt. Man muss sich in die Seele eines Polen einleben, der der Vernichtung des polnischen Staatswesens, der Verneinung der höchsten polnischen Ideale durch Russland eingedenk ist, um diese Verheissung ihrem unermesslichen Werte nach zu würdigen. Russland muss aus Polen und Litauen für immer vertrieben werden — sonst wäre der gegenwärtige Kampf für Deutschland ergebnislos; noch mehr, für Polen, aber auch für Deutsch-

land würde er zum Ausgangspunkt einer ewigen Rachsucht, einer noch grösseren Gefahr werden. Darin erblicken wir einen Uebergang zum zweiten positiven Teil der Lösung. Die Energie und Entschlossenheit der Reichskanzlerrede lässt in jeder Beziehung nur auf g a n z e Arbeit, im Einvernehmen mit der Oesterreichisch-Ungarischen Regierung schliessen. Dazu haben wir die Voraussetzung im bereits bekannten, festen Willen, das polnische Einfallstor ein für allemal zu verrammeln: und ein Tor bilden nicht nur Granite, nicht nur geographische Grenzen, sondern zunächst — Menschenherzen. Darauf weist auch die Reichskanzlerrede vom 19. August hin: „Wir wollen sein und bleiben ein Hort des Friedens, der Freiheit der grossen und kleinen Nationen", u. z. „nicht nur mit Bezug auf die Völker germanischer Rasse". Es handelt sich offenbar um etwas mehr, als um die Befreiung vom Tschinownik.

So wurde die Sache auch überall aufgefasst. Herr Abg. Bassermann, gewiss kein einseitiger Polenfreund, erklärte in der Reichstagssitzung vom 20 August, dass man die Polenfrage lösen müsse, „einmal aus den Interessen und Forderungen der Polen heraus, aber auch unter Berücksichtigung der nationalen Interessen des Deutschen Reiches". Für uns besteht auf dem Internationalen Gebiete zwischen beiden Interessensphären kein Gegensatz; vielmehr eine enge Solidarität. Die Freundschaft der Zentralmächte ist für Polen die beste Bürgschaft seiner Zukunft: das zufriedengestellte Polen ist die beste Wacht vor dem russischen Einfallstor. Die bekannten Vertreter des polnischen Volkes, das ja nicht nur Objekt ist, werden für diese Idee, in diesem Sinne opferwillig mitarbeiten. Sie sind sich dessen bewusst, dass sie an einem Wendepunkte ihrer Geschichte stehen, aber auch dessen, dass diese Wendung auch für die Geschichte des Deutschen Volkes von allergrösster Wichtigkeit ist. Wir hoffen, um mit den Worten des Reichskanzlers vom 19. August zu sprechen, dass die neue Wendung „den Beginn einer Entwick-

lung darstellen wird, die die alten Gegensätze zwischen Deutschen und Polen aus der Welt schafft". Von einem „Neuen Europa" sprach damals der höchste Leiter der reichsdeutschen Politik. Auf der unlöslichen Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn basierend, soll dieses Neue Europa auch ein befreites und ungetrenntes Polen umfassen, ohne welches es undenkbar, ja, unmöglich ist.

Absage an die Entente-Mächte.

In den letzten Wochen haben die Entente-Mächte wiederum ihr warmes Herz für Polen entdeckt. Man kann sogar ganz genau das Datum der Geburt dieses Frühlingsgefühles anführen: hat es doch Herr Ssasonow ausdrücklich erwähnt, als er in seiner letzten Duma-Rede vor der eventuellen Militarisierung Kongresspolens an der Seite der Mittelmächte solch riesige Angst zur Schau trug. Hunderttausende polnische Soldaten, deren Kampftüchtigkeit im gegenwärtigen Krieg allerseits rühmlichst anerkannt wird, an der Ostfront Polens — diese Perspektive war dem russischen Minister zu grausam. Aus Furcht entstand sein neues Liebes-Gefühl und Werben; das wusste das polnische Mitglied des russischen Reichsrates Herr Szebeko auszunutzen und sprach in seiner Reichsratsrede von einem „freien Polen, das mit Russland durch die Gemeinschaft des Thrones und der auswärtigen Politik verbunden wäre", überschritt also in dieser Rede beträchtlich die bekannte grossfürstliche Proklamation; die Angst- und Liebesgefühle bemächtigten sich alsbald der so leicht empfänglichen französischen Presse. In Frankreich sprudelte nun ein wahrer Strom von Liebeserklärungen und Versprechungen hervor. Der vorsichtige Herr Iswolskij witterte darin sogar eine Gefahr und trachtete den Strom unter den besonderen Schutz der Zensur zu stellen, was ihm jedoch nicht gelungen zu sein scheint. Wir haben (Nr. 19, „Französisch-russische Bauernfängerei") einen Teil dieser auf

sehr naive Leser spekulierenden Ergüsse angeführt. Da sie in Warschau ganz nach ihrem Werte eingeschätzt wurden, knüpft nun Herr Edmond Privat in zwei Artikeln des Journal de Genève an die Resolution politischer Gruppen Warschaus zu Gunsten der Zentralmächte an und deutet in seinen Ausführungen darauf hin, dass die Polen der ewigen, feierlich klingenden Versprechen müde seien und wirkliche, greifbare Garantien für die guten Intentionen ihrer bisherigen Tyrannen verlangen. Oesterreich gab sie schon vor dem Kriege in Gestalt der Autonomie Galiziens, — auch Deutschland tat es hauptsächlich durch das Eröffnen der Warschauer Universität und das Gründen polnischer Schulen. Nur die Alliierten schweigen hartnäckig — weder England noch Frankreich haben den Polen irgendwelche Garantien gegeben, dass ihr Streben nach einem eigenen unabhängigen Staate verwirklicht wird.

Der Angstschrei der französischen Publizisten ist ganz begreiflich. Geruhten auch französische und englische Staatsmänner in der letzten Zeit in ihrer Litanei neben Belgien und Serbien auch Polen zu erwähnen, hatte in dieser Beziehung die italienische Kammer sogar einen Beschluss gefasst, so machte doch dies alles in Polen angesichts der tatsächlichen Verhältnisse bei weitem nicht den gewünschten Eindruck.

Nicht als ob dazu nicht der geeignete Boden vorhanden wäre. Im Gegenteil. Bekanntlich herrschten in Polen übertriebene Sympathien für Frankreich. Die Psychologie dieser Sympathien ist ziemlich verwickelt: ihr Hauptgeheimnis ist die grosse Geste, die im Laufe eines Jahrhunderts Frankreich zu Gunsten Polens zu machen wusste. In dieser Geste hatte sich das ganze schauspielerische Talent mit dem kalten Rationalismus Frankreichs erschöpft. Zweimal war Polen ein Blitzableiter für die dem französischen Volke drohende Gefahr: Im Jahre 1794 und 1830 haben die polnischen Aufstände den Feind von Frankreich abgewandt; polnisches Blut ist stromweise für Frankreich geflossen;

Undank der grande Nation war die Antwort. Und wenn dennoch ein Teil der Polen an Frankreich hängt, ist es nicht nur durch Einflüsse der Kultur Frankreichs und der Lebenskunst seiner Lutetia zu erklären. Die grosse Geste erklärt mehr. Frankreieh hatte ein Jahrhundert lang von 1770 bis 1870 die Phrase der Befreiung Polens auf den Lippen. Frankreich hatte die volle Anerkennung für das Heldentum der ersten polnischen Legionen. Napoleon hat einen Teil der polnischen Staatlichkeit erneuert. Nach dem Jahre 1831 hat die grosse polnische Emigration in Frankreich ihre Zuflucht gefunden. Im Jahre 1863 hat Napoleon III die polnische Frage auf die Tagesordnung der Verhandlungen der europäischen Diplomatie gestellt.

Wie kläglich sind diese Leistungen im Vergleiche mit den Opfern, die Polen der französischen Sache gebracht hat! Aber die Geste wirkte auf das Gemüt, allein schon die Anerkennung der polnischen Staatsidee durch Frankreich genügte fürs polnische Herz: undankbar sind wahrlich die Polen nicht. Es entstand eine polnisch-französische L e g e n d e, in der erheblich mehr Dichtung als Wahrheit steckte. Nach 1870, als Frankreich sich fortan an Russland klammerte, erblasste diese Legende; in den letzten Jahren erfuhr sie aber durch das geschickte Einwirken der französischen Diplomatie, besonders zu Zeiten der Delcassé'schen Mission in Petersburg, eine wesentliche Stärkung.

Diese Legende fortzuspinnen trachtet nun die französische Presse, indem sie auf die polnische Phantasie mit allen Mitteln ihrer Ueberredungskunst einzuwirken versucht. Wie grossrednerisch und kindisch zugleich ist diese französische Hypnose! Das Blaue vom Himmel verspricht die „Humanité“ und hat nur eine Sorge: ob den Polen, die ihre nationalen Minister und im Auslande ihre eigenen diplomatischen Vertreter haben sollen, auch ein „Herrenhaus“ gewährt werden solle. Sonst fehlt ihnen nichts mehr.

Die Polen von heute sind aber nicht dieselben,

wie zu Zeiten des grossen Empereur und seines kleinen Neffen, dessen einziges Wort „durez!“ im Jahre 1863 genügte, um Ströme polnischen Blutes fliessen zu lassen. Mindestens ist es nicht ihre Mehrheit. Sie weiss sehr gut, für wen die französischen Versuche und ihre letzten polnischen fremden Anhänger der sog. „Koalitionsorientierung“ arbeiten. Diese Orientierung — schreibt Abg. v. Srokowski, Mitglied des Ob. Poln. Nationalkomitees — ist eben jener Wall, mit dem man nötigenfalls — „slavische Orientierung“ deckte. „Als ein Rechnen auf Russland, das zerschlagen und geschlagen wird, in offenkundiger Weise zu einer Unsinnigkeit geworden war, begann auf dem Lichtschirm das Bild Frankreichs und Englands zu erscheinen, etwa zwei ungeheuren Engelsgestalten vergleichbar, die mit ihren Flügeln das unglückselige Polen schützen und schirmen würden. Das chinesische Schattenspiel ging weiter, nur dass anstatt der russischen Papacha die — phrygische Mütze sich zeigte . . .

„Nun aber ist eine plötzliche Verwischung des Bildes eingetreten. Diese beiden schönen Kopfbedeckungen haben sich darauf einander so sehr angeähnelt, dass man sie nicht mehr von einander unterscheiden kann. In der polnischen Sache ist Frankreich unter russisches Kommando gegangen, denn Russland ist „die einzige Rettung Frankreichs“. Wenn Russland, geschlagen und einige hundert Kilometer von seiner Westgrenze zurückgeworfen, d. i., was wäre dann ein — wir wollen nicht sagen: siegreiches Russland, sondern bloss eines, das nicht entscheidend geschlagen wäre.

„Das heutige Frankreich, das an sich selbst das grösste Verbrechen eines nationalen Selbstmordes begeht, das sich selbst in der demütigendsten Weise von seinen Bundesgenossen abhängig gemacht hat, war niemals bei der Entscheidung der polnischen Sache ein entscheidender Faktor und wird es auch niemals sein“.

Diese realistische Logik kommt auch in Warschau

zum Durchbruch. Sie allein ist massgebend für diejenigen Kreise, die die bekannte Deklaration zugunsten der Zentralmächte unterfertigten; der „Goniec“ berechnet, dass unter denjenigen angesehenen hundert Bürgern, die die Unabhängigkeitskundgebung veröffentlichten, die Mehrheit entschlossen an der Seite der Zentralmächte steht. Die Logik der Tatsachen beweist allerhand, dass der gute Wille — sollte ihn Frankreich in Bezug auf Polen auch besitzen — bei weitem nicht ausschlaggebend ist . . .

Die Koalition muss als Ganzes betrachtet werden. Nun ist die Stellung Englands Polen gegenüber bedeutend weniger kompliziert als diejenige Frankreichs. England hat sich selten die Mühe einer grossen Geste in Bezug auf die Rechte Polens gegeben. Der Geschichtsprofessor an der Warschauer Universität, Dr. Handelsman hat in einer in der Warschauer Monatsschrift „Sphinx“ veröffentlichten Studie über das Verhältnis Englands zur Polenfrage im Laufe des 19. Jahrhunderts hinlänglich reiches Material geliefert. Der Warschauer Schriftsteller und Politiker Titus Filipowicz gab vor einigen Jahren die Geheimkorrespondenz des englischen Auswärtigen Amtes mit seinen Vertretungen im Jahre 1863 betreffs des damals kämpfenden Polen heraus. Die damalige Haltung der englischen Diplomatie erweist sich als im höchsten Grade heuchlerisch und egoistisch; das Facit dieser Politik zieht nun Dr. Mieczysław Szerer in der „Nowa Reforma“, indem er die Worte Koźmians wiederholt, dass die damalige Intervention Englands, angeblich zu Gunsten Polens, in Wirklichkeit nur eine Schwächung Napoleons III, besonders seiner Annäherungsversuche an Russland anstrebte und gleichzeitig durch ihren „philantropischen“ Zug die tiefeingewurzelte englische Heuchelei befriedigte. In einer wohldurchdachten Studie untersucht in der letzten Nr. der „Wiadomości polskie“ das Verhältnis der englischen Politik zur Polenfrage ein Warschauer Schriftsteller, der die englischen Verhältnisse sehr gut kennt, Herr Stefan

Czarnowski. Er tritt der hie und da auftauchenden Meinung entgegen, als ob Polen auf England zählen dürfte infolge dessen latenten Gegensatzes zu Russland; ein allzu starkes Russland — wird manchmal behauptet — liegt nicht im Interesse Englands: hat dies auch Grey in seiner letzten Unterredung mit dem deutschen Botschafter angedeutet; leicht erregbare Phantasien erblicken darin die Möglichkeit einer Unterstützung der polnischen Unabhängigkeit, um die Macht Russlands nicht allzusehr anwachsen zu lassen.

Das kommt Herrn Czarnowski unwahrscheinlich vor u. z. aus Gründen, die auch für die deutsche Politik von Bedeutung sind. Herr Czarnowski glaubt an die Idee eines europäischen Staatenbundes unter Führung Deutschlands, das Westeuropa von dem Osten (Russland) trennen und den muselmanischen Völkern Schutz gegen die ewige englisch-russischen Eroberungs- und Ausbeutungssucht gewähren würde. Das ist in erster Reihe eine Gefahr für die englische Weltherrschaft, die dagegen drei Hauptverteidigungspunkte hätte: zwei maritime (Jaffa-Alexandrette oder den Bosporus), die aber fast unüberwindliche Schwierigkeiten darstellen, und einen — auf der polnischen Tiefebene. Die Abhängigkeit dieses Landes von Russland liegt also im direkten Interesse Englands. Dies ist den englischen Staatsmännern klar. England würde nicht zulassen, dass Russland vom Zentrum Europas durch einen polnischen Staat getrennt würde. Es bestehen zwar für England verschiedene Möglichkeiten einer Schürrung des Gegensatzes zwischen Deutschland und Russland, unter anderem würde vielleicht der englischen Politik eine Neuteilung Polens entsprechen, da dadurch dem Panslavismus in die Hand gearbeitet würde: eins aber ist sicher: eine Unterstützung der polnischen Interessen durch die englische Regierung ist sehr unwahrscheinlich. Höchstens könnte sie nur das unglückliche Land gegen ihre Feinde und . . . Freunde ausspielen.

All dieser Gefahren sind sich die Polen bewusst.

Sie betonen daher auch mit voller Ueberzeugung, dass nur im Interesse der Zentralmächte eine Lösung der Polenfrage in dem von den Polen gewünschten Sinne liegt. Schon das Auftauchen des Projektes einer Militarisierung Polens hat in Russland und Frankreich kaum verhüllte Angst hervorgerufen; als Militärmacht würde Polen in der Zukunft ein hervorragender Faktor unter den Verbündeten, ein Schild und Damm gegen die russische Dampfwalze und englische Intrigue bilden. Daraus erwachsen Pflichten und Rechte. Hoffentlich werden die Zentralmächte bald imstande sein, daraus die entsprechenden Folgerungen zu ziehen und damit noch die letzten Träumer, den Rest der polnischen Anhänger der Koalition überzeugen, wo das Heil ihres Vaterlandes liegt.

F. Kreczowski.

Gespenster.

Die deutsche Welt war bis unlängst von der polnischen durch soviele Missverständnisse und Vorurteile getrennt, dass es — wie das polnische Sprichwort sagt — noch viel Wasser die Weichsel hinunterfliessen wird, bis manchem deutschen Politiker die wichtigsten Tatsachen des polnischen Lebens in klarem Lichte, unverfälscht und wahrheitsgetreu, erscheinen werden. Und wo keine Klarheit herrscht, dort tauchen verschiedene Halluzinationen und Gespenster auf, die mit der Wirklichkeit nichts gemein haben, dem Neurastheniker jedoch und dem Unkundigen manchmal gehörigen Schrecken einjagen.

Solche Gespenster, in der Atmosphäre der Unkenntnis geboren, — ein anderer Grund war doch nicht vorhanden — haben dem Politiker der „Post“ vorgeschwebt, als er (Vgl. Poln. Bl. Nr. 19, S. 30) — unter den polnischen Vertretern der antirussischen Bestrebungen in Galizien unerwarteterweise ... „allpolnische Ziele“, „allpolnische Programme“ erblickte.

Dies Gespenst muss baldmöglichst verscheucht werden, sonst wird eine heillose Verwirrung der Begriffe und derer praktischen Schlussfolgerungen platzgreifen.

Die polnischen Politiker arbeiten dort, wo ihnen dazu die Möglichkeit geboten wird, in vollem Licht; für Gespenster gibt es unter ihnen keinen Raum.

Das innere Leben Polens war in dem letzten Jahrzehnt von einem intensiven Kampf der Geister gekennzeichnet, dessen Inhalt eben — der Gegensatz zwischen der allpolnischen und allen übrigen Parteien bildet. Anderthalb Dezennien lang haben Krakauer Konservative, polnische Demokraten und Sozialdemokraten in der schärfsten Fehde eben mit den All-Polen gestanden, und nur völliger Mangel an Sachkenntnis kann ihnen jetzt „allpolnische“ Programme und Ziele unterschieben.

Die grosse Meisterin der Geschichte: das Leben, ist über die Auswüchse und Bestrebungen der All-Polen — das für sie charakteristische „All“ ist übrigens ein aus der Fremde importierter Artikel — zur Tagesordnung übergegangen. Die Partei, die einst in Galizien eine bedeutende Rolle gespielt hat, ist unter der Wucht der Tatsachen, die die russische Barbarei und Russifizierungswut gebracht haben, zusammengeschrumpft: die einst im Polenklub vorherrschende Partei zählt dort jetzt d r e i Mitglieder: diese sind auch die einzigen, die dem Polnischen Nationalkomitee fernstehen. Ueber die leitenden Ideen des letzteren, inwiefern sie sich prinzipiell von denjenigen der „Allpolen“ unterscheiden, hat sich Prof. v. Jaworski in seiner Erwiderung auf die Zuschriften des Herrn v. Schmoller in den Poln. Blätter mit voller Deutlichkeit und Entschlossenheit ausgesprochen, und nur ein Farbenblinder würde das Banner des Herrn v. Jaworski von demjenigen seiner Gegner nicht unterscheiden.

Also fort mit den Gespenstern, die auf ängstliche und unvorbereitete Gemüter einen gewissen Einfluss auszuüben imstande sind!

Der deutsche Reichskanzler über Polen.

Von **Michael Łempicki.**
Abgeordneter der russischen Duma.

Wien, 7. April.

Die Rede des deutschen Reichskanzlers ist eine Rede von grossem Stil, die Rede eines Staatsmannes und Denkers, dessen Blick die ferne Zukunft umfasst und der sich nicht nur durch Rücksichten und Wünsche des Augenblicks leiten lässt. Die Rede strömt Ueberzeugungskraft, das Bewusstsein der Ziele und der Gerechtigkeit der Sache aus. Der jetzige Konflikt, dem Millionen von Menschenleben zum Opfer fielen, ist nach Ansicht des Reichskanzlers nicht nur ein Eroberungs- oder Annexionskrieg, sondern eine blutige Anstrengung, um neue Grundlagen des internationalen und zwischenstaatlichen Beziehungen zu finden, um ein neues Europa zu gründen, in welchem die Prinzipien der Gerechtigkeit zur Geltung kämen. Ist doch der jetzige Konflikt eine unvermeidliche logische Folge der andauernden Vergewaltigung dieser Prinzipien, das ist der natürlichen sozialen und nationalen Gesetze, welche für die normale Entwicklung der Menschheit ebenso wichtig wie die Naturgesetze sind. Im Osten Europas hat das russische Imperium über ein Jahrhundert lang 50 Millionen Polen, Finnländer, Litauer, Ukrainer, Weissruthenen in Sklaverei gehalten und die kulturelle und moralische Entwicklung dieser Nationen auf barbarische Weise unterdrückt. Im Westen hat England eifersüchtig gewacht, dass kein anderer Staat seine Kolonialpolitik, Handel und Industrie und überhaupt seine überseeische Bedeutung entwickle. Der Militarismus zu Lande war eine notwendige Abwehr gegen die russische Begehrlichkeit, auf dem Wasser gegen die englische Exklusivität. Somit mussten die Zentralmächte den Kampf auf zwei Fronten führen, im Westen gegen England, im Osten gegen Russland. Die anderen Mitglieder der Koalition, wie Italien, Belgien, Serbien, Montenegro und zuletzt Portugal, vergiessen

nicht in ihrem eigenen Interesse ihr Blut, sondern sind Opfer der russischen und der englischen Politik.

Aus dieser Auffassung des Krieges gehen auch dessen Ziele klar hervor. Zur Sicherung des dauernden Friedens in der Zukunft muss der russische Eroberungsdrang ein für allemal gebrochen werden. England wird sich mit dem Gedanken und der Tatsache befreunden müssen, dass die Beherrschung des Meeres nicht nur ihm allein zusteht. Würde die Koalition siegen, dann wäre das Schicksal Europas besiegelt. Russland würde auf dem Lande, England auf dem Meere die Suprematie an sich reissen. Die Aussichten für die Weiterentwicklung der Zivilisation wären dann nicht günstig. Die Aufgabe der Zentralmächte ist es, diese Gefahr abzuwenden.

Das einzige Mittel, um Russland und dessen Begehrlichkeit zu brechen, ist die Befreiung der von Russland geknechteten Nationen, in erster Linie der polnischen Nation, welche eine glorreiche Vergangenheit hat und über grosse, für das staatsrechtliche Leben unentbehrliche Reserven verfügt. Die polnische Frage muss durch den Krieg aufgerollt werden, denn sie lastete über Europa seit dem Verschwinden des polnischen Staates. Sie ist eines der wichtigsten Kriegziele, und eine notwendige Bedingung des dauernden Friedens in der Zukunft. Das Einfallstor, welches durch die Teilung Polens sich für Russland geöffnet hat, muss wieder geschlossen werden, denn sonst wird es keinen dauernden Frieden geben. Die Versicherung des Reichskanzlers, dass die Zentralmächte die polnische Frage gemeinsam lösen werden, gibt den Polen die Garantie, dass diese Lösung ihren berechtigten vitalen Interessen gemäss erfolgen wird. Oesterreich-Ungarn und Deutschland führen den Kampf gemeinsam durch, haben gemeinsam die polnischen Gebiete von den Russen befreit, werden also auch gemeinsam die polnische Frage lösen. Bei dem engen Verhältnis der beiden Mächte ist es selbstverständlich, dass die Lösung in diesem Sinne identisch

sein wird und dass daher die deutsche Lösung keine andere sein kann als die österreichische. Und dies macht es, dass wir Polen, die wir nicht nur in der Vergangenheit Oesterreich-Ungarns, sondern auch in der ganzen Struktur der Monarchie eine unübertreffliche Garantie für unsere Ziele erblicken, in der Ankündigung des deutschen Reichskanzlers eine wahre Heilsbotschaft sehen. -- Der jetzige Krieg hat die Europa von seiten Russlands drohende Gefahr aufgedeckt, ebenso auch die internationale Bedeutung der polnischen Frage und die Notwendigkeit, die staatsrechtlichen und nationalen Rechte der Polen anzuerkennen.

Auch an der Westfront streben die Zentralmächte nach den Worten des Reichskanzlers die Sicherung vor englischen Ueberfällen an. In dieser Beleuchtung bietet die Rede eine allgemeine Entscheidung der belgischen Frage.

Ausser dem östlichen und westlichen Kriegsterrain gibt es noch ein südöstliches Terrain, welches eine rationelle Regelung der nationalen Verhältnisse auf dem Balkan erheischt und die Befreiung der dort wohnenden Nationen von den verderblichen Einflüssen Russlands.

Ich fasse zusammen: Wichtig in der Rede Bethmann Hollwegs ist das historiosophische Moment, welches eine Folge der philosophischen Auffassung der sich abspielenden Ereignisse ist.

Das Rad der Geschichte kann nicht zurückgedreht werden. Eine solche Erklärung eines massgebenden Staatsmannes, und zwar in einem Augenblicke, da die Völker so ungeheure Opfer bringen, erweckt die Hoffnung, dass diese Opfer nicht umsonst gebracht wurden. Uus Polen interressiert vor allem der Passus, betreffend das mögliche Schicksal Polens. In dieser Hinsicht ist die Zusammenstellung der drei Kanzlerreden interessant. In der Rede vom 19. August 1915 hat sich Bethmann Hollweg mit Anerkennung über die historische Kulturarbeit der polnischen Nation als der Verteidigerin der wesflichen Zivilisation im Osten ausgedrückt. Er hat

die Hoffnung ausgedrückt, dass in Zukunft der Unfrieden zwischen den Deutschen und Polen verschwinden wird. In der Dezemberrede erwähnte er die Bemühungen der deutschen Verwaltung in Polen, um die der unglücklichen polnischen Nation durch den Krieg geschlagenen Wunden zu heilen. In der heutigen Rede sagt der Kanzler ausdrücklich, dass die polnische Frage gelöst werden muss und gelöst werden wird im Einverständnis mit den beiden Zentralmächten. Angesichts solcher Erklärungen und des tiefen philosophischen Charakters der polititischen Ansichten des Reichskanzlers haben wir Polen vollen Grund zu hoffen, dass die projektierte Lösung der polnischen Frage mit den Prinzipien der Gerechtigkeit und den Interessen der Zentralmächte, für welche die Wiederaufrichtung Polens naturgemäss ein notwendiger Faktor sein wird, im Einklang stehen wird. Das Interesse ist hier gemeinsam.

Im Bewusstsein der historischen Notwendigkeit und seiner Rechte und Pflichten erwartet das polnische Volk mit Ruhe die weitere Entwicklung der Ereignisse und die nähere Bestimmung von seiten der Regierungen der Zentralmächte der realen Formen der Lösung der polnischen Frage, immer zu Opfern bereit, um eine bessere Zukunft für sich zu erringen.

(„Neue Freie Presse“, No. 18545).

Livland und Polen.

Von einem Balten.

Ihrer freundlichen Aufforderung folgend, erlaube ich mir, Ihnen im Folgenden einiges über die geschichtlichen Beziehungen zwischen Livland und Polen mitzuteilen:

Es ist in Livland nicht vergessen, dass der livländische Zweig des Deutschen Ordens im 16. Jahrhundert gemeinschaftlich mit Polen gegen die Moskowiter kämpfte, und dass Livland schliesslich im Anschluss an Polen für

ein halbes Jahrhundert Rettung vor der moskowitischen Gefahr fand. Die Zeit der Teilungen Polens bedeutete auch für Livland einen Abbruch der bisherigen historischen Entwicklung durch den Bruch der Landesprivilegien von Seiten Katharinas II und die Einführung der sogenannten Statthalterschaftsverfassung im Jahre 1785, deren Wirkung darin bestand, an die Stelle der Herrschaft des Rechts, die der Willkür zu setzen. Der Untergang Polens besiegelte auch das Schicksal des Herzogtums Kurland, das 1795 genötigt war, sich zu ergeben.

Eine bedeutsame Parallelität der historischen Entwickelung besteht für die Geschichte Polens und Livlands im 19. Jahrhundert.

Die Niederwerfung des polnischen Aufstandes von 1830 fällt zeitlich mit dem ersten Versuch zusammen, die baltischen Provinzen mit dem eigentlichen Russland zu nivellieren: Nachdem ein orthodoxes Erzbischoftum und Priesterseminar in Riga eröffnet worden war, begann die Regierung mit Landversprechungen, Betrug und Gewalt die Landbevölkerung zur Orthodoxie zu bekehren. Seit 1839 versuchte man dies Ziel in immer neuen Anläufen zu erreichen; eine gewissenlose Propaganda führte zu ernsten Unruhen, und doch gelang es nur einen kleinen Teil der Bevölkerung zu bekehren. (Heute sind in Livland etwa 10% der Letten und Esten orthodox, in Estland etwa 5%, in Kurland sehr wenige).

Wie für Polen, so schien der Regierungsantritt Kaiser Alexanders II auch für Balten die Möglichkeit einer freiheitlichen Entwickelung zu gewähren, ja es schien möglich, dass man in Balten, an das historisch gewordene anknüpfend zu modernen, lebensvollen Formen des Staats- und Wirtschaftslebens gelangen könne, ohne im Russentum aufgehen zu müssen. Aber die Zeit der Toleranz dauerte nicht lange. Bei Beginn der polnischen Bewegung von 1863 forderten die Katkow, Samarin und Genossen nicht nur die Vernichtung Polens, sondern auch Vernichtung der baltischen Sonderart. Ihre

Stimme wurde innerhalb der Gesellschaft und der Regierung zur herrschenden. 1868 wurde in Balten die deutsche Sprache in fast allen Behörden (mit Ausnahme der Gerichte und Selbstverwaltungskörper) durch die russische ersetzt, und damit begann der Strom russischer Beamten in das Land, von dem Balten bis dahin ziemlich verschont gewesen war.

Ein neuer Ansturm des Russentums erfolgte in der auch für Polen so schweren Regierungszeit Alexanders III. 1889 wurden alle deutschen Gerichte aufgehoben und russische Beamten an Stelle deutscher Richter gesetzt. Gleichzeitig wurden alle deutschen Schulen verboten; die deutsche Universität Dorpat zur russischen Universität Jurjew gemacht; die Stadtverwaltungen wurden russifiziert, so dass nur die Ritterschaften und Gilden deutsch blieben (sie sind erst am 14. April 1915 russifiziert worden); manche der besten Balten mussten in die Verbannung.

Das Jahr 1905 brachte zunächst, ebenso wie Polen, auch Balten Erleichterung, die Möglichkeit, eigene Schulen zu eröffnen und die Kräfte der Volksgenossen in deutschen Vereinen für den nationalen Kampf zu vereinigen.

Seit Beginn des Weltkrieges behandelt allerdings die russische Regierung Polen und Balten ganz verschieden: Polen wirbt man zum Bundesgenossen; in Livland schreckt man vor keinem Mittel zurück, um das Deutschtum ganz auszurotten.

Ich möchte noch hinzufügen, dass die bisherige Stellung der Deutschen in Balten am meisten der der Polen im polnischen Koloniallande ähnelt, d. h. in Litauen, Weissrussland und der westlichen Ukraine. Die Deutschen bilden zwar nur 4—16% (im Durchschnitt 8% der Bevölkerung), besitzen aber mehr als die Hälfte aller Land- und Kapitalwerte und beherrschen das gesamte geistige Leben des Landes. Man darf sich die Situation daher nicht so vorstellen, als wären die baltischen Deutschen eine Adelskaste, die sich nur durch

künstliche Mittel, wie Schutz durch die Staatsgewalt, zu halten vermag. Intelligenz, Kapitalkraft, Organisationsfähigkeit, Entschlossenheit und namentlich die Begeisterung für die nationale Sache, geben den Balten unzweifelhaft die Macht, sich aus eigener Kraft der überwiegenden Majorität der übrigen Bewohner des Landes gegenüber zu behaupten und den deutschen Charakter des Landes zu wahren.

Brief aus Warschau.

Warschau Ende März.

Die Hauptstadt Polens sieht jetzt zwei bedeutenden Reformen entgegen, die für unser Leben von allergrössten Wichtigkeit sind.

Bis nun war die Stadt vom Bürgerkomitee verwaltet. Entstanden noch unter russischer Herrschaft, aus hervorragenden Bürgern, die in einer schweren Stunde den Mut und das Verantwortungsgefühl besassen, um die zerrütteten Kommunalgeschäfte in ihre Hand zu nehmen, war dies Komitee eigentlich eine Improvisation und als solche konnte es nicht die entsprechende allgemeine Anerkennung finden, die zu seinem Gebaren unbedingt notwendig war.

Trotzdem hat sich das Bürgerkomitee ums Wohl unserer Stadt grosse Verdienste erworben: die Geschichte unseres Schulwesens, unserer Sanitätsverhältnisse, der öffentlichen Sicherheit usw. werden darüber fernen Generationen vieles zu erzählen wissen. Nun ist aber die Zeit gekommen, um die Stadt unter eine moderne, aus Wahlen stammende Verwaltung zu stellen. Das Komitee hat auch in diesem Sinne Sr. Exzellenz Herrn General-Gouverneur Vorschläge gemacht — und mit Genugtuung sei zu berichten, dass dieses Ansuchen bejahend erledigt wurde. Exzellenz von Beseler erklärte sich mit der Idee, das Bürgerkomitee durch einen aus Wahl hervorgehenden Gemeinderat zu ersetzen,

einverstanden und empfahl die Ausarbeitung einer Wahlordnung auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes, mit Berücksichtigung des Bildungs- und Vermögenszensus. wie auch der berechtigten Berufsinteressen.

Wir stehen also vor einer neuen Epoche unserer inneren Entwicklung, deren Tragweite nicht nur von lokaler Bedeutung ist. Diese Reform fällt mit einer anderen zusammen, nämlich mit der Entstehung Gross-Warschaus. Die Vorstädte, wie Wola, Bródno, Mokotów, Czerniaków sollen bereits in der nächsten Zeit in die Stadt einverleibt werden. Warschau war bis nun eine der dichtbevölkersten Städte Europas; besitzen wir ja wegen Raummangel im Zentrum der Stadt 6- und 8-stöckige Häuser, was wohl auch in Berlin zu den Seltenheiten gehört. Die Terrainfläche unserer Stadt wird somit mehr als verzehnfacht; entsprechend steigert sich auch die Bevölkerungszahl, was sich einstweilen in Ziffern nicht ausdrücken lässt, da die Einwohnerschaft im ständigen Fluktuieren begriffen ist. Unser Architektenverein arbeitet jetzt fleissig an den Regulierungsplänen und anderen Aufgaben, die mit Gross-Warschau zusammenhängen. Die neuen Bürger Warschaus sollen bereits an den Wahlen in den Gemeinderat teilnehmen.

Die Organisationsarbeit der polnischen Gesellschaft macht auf allen Gebieten erfreuliche Fortschritte. Der Obhutsrat gründet überall seine Filialen; bis nun wurden in den 47 Bezirken, die dem Warschauer Gouvernement gehören, 41 Lokalräte gegründet, darunter sind 29 bereits vom Gouvernement bestätigt worden. In seinem letzten Rechnungsbericht weist der Zentralrat folgende Einnahmen auf; von ausländischen Komitees 154000 Rb., von Privatpersonen 402744 Rb., für besondere Wohltätigkeitszwecke 25000 Rb. Die Zentralleitung gibt sich Mühe sämtliche Volksschichten zur Mitarbeit heranzuziehen. In einem Schreiben an die Lokalorganisationen heisst es: „Unsere Zukunft hängt zum grossen Teil von der gemeinsamen Mitwirkung aller Kreise der Gesellschaft bei dem Wiederaufbau unseres Landes. Das

Gefühl der Notwendigkeit der Ordnung, der Einheit und des Zusammenhaltens in der Organisation unseres Lebens, soll uns im gemeinsamen Gefühle des gemeinsamen Zieles einigen. Vom Obigen geleitet, empfiehlt der Zentralrat besonders darauf zu achten, alle Schichten der Bevölkerung, und namentlich der Bauernschaft an die Arbeiten der Kreis- und Gemeinderäte heranzuziehen. Die Anwesenheit der Bauern in den Beratungssitzungen wird einerseits die Bestrebungen unserer Organisation popularisieren, andererseits das gegenseitige Vertrauen, erschüttert durch die Arbeit der ehemaligen Administration, wieder fördern".

Welch schwere Zustände bei uns herrschen, und welch grosse Aufgaben der Obhutsrat vor sich hat, zeigt am deutlichsten eine Denkschrift desselben, die dem General-Gouverneur von Beseler vorgelegt wurde: „Der Kriegssturm, der in den Jahren 1914 und 15 auf polnischem Boden, der un- oder mittelbarer Schauplatz der Schlachten war, tobte, hatte den Ruin unzähliger Ansiedlungen zur Folge. Von der allgemeinen Zahl der Bebauungen (3600000) bestehen 12% überhaupt nicht mehr, 25% sind ausser Gebrauch gestellt, ein erheblicher Prozentsatz ist eines gründlichen Umbaues bedürftig. In der Bestrebung, diesem Zustande womöglich Abhilfe zu leisten, wandten sich zwei Institutionen, nämlich: der Architektenverein und die Gesellschaft zum Schutze der Denkmäler der Vergangenheit an den Zentralobhutsrat mit dem Vorschlag der Gründung eines Bauausschusses, der sich folgende Aufgaben zum Ziele stellte: 1) die Ausarbeitung der Grundbaubestimmungen, 2) die Berichterstattung über die von den Provinzbüros zugestellten Projekten und Aenderungen der Regulierungspläne, 3) das Projektieren neuentstehender öffentlicher Gebäude, 4) Rekonstruktion und Fürsorge für die Denkmäler".

Am 18. März wurde in Warschau ein Appelationsgerichtshof eröffnet, der als letzte Instanz für alle Appelationen von den Urteilen der Gemeindegerichte gelten

soll. Die Amtssprache wird in dieser höchsten Instanz, wie auch in der ganzen Organisation der Okkupationsgerichte polnisch sein. Die feierliche Eröffnung fand bereits im Palais Pac statt.

Die Bevölkerung ihrerseits, den polniscsen Charakter betonend, ehrt vor allem das patriotische Warschau. Die sich erfreulich entwickelnde Volks-Universität veranstaltete eine Ausstellung der Denkwürdigkeiten, die sich an die Erinnerung an Tadeusz Kościuszko knüpften: der Jahrestag des Kościuszko-Aufstandes wurde unlängst in würdiger und tief empfundener Weise gefeiert. An dem vom heldenhaften Schuster Jan Kiliński, der im Kościuszko-Aufstande den Aufstand in Warschau leitete und die Russen aus der Hauptstadt Polens vertrieb, bewohnten Hause, wurde eine Denktafel angebracht.

**** Vom Büchertisch. ****

Ludwik Kulczycki: Austrya a Polska (Oesterreich und Polen). Krakau, Zentralverlag des Obersten Polnischen Nationalkomitees.

Zwischen Polen und Oesterreich — führt der Verfasser aus — und der geschichtlichen Entwicklung der beiden Staaten besteht eine Analogie. Beide trugen zur Verbreitung der westlichen Kultur bei. Das territoriale Wachstum der beiden Staaten birgt viel Aehnlichkeit. Beide Staaten machen schwere Prüfungen durch. Wenn Oesterreich diese Prüfungen mit besserem Erfolge bestanden hat, so ist dies vor allem seiner mächtigen Dynastie zu verdanken. Das Unglück Polens war, dass die Türkei schwächer und Russland stärker wurde. Der Verfasser schildert dann die Verhältnisse im heutigen Oesterreich und sagt, dass die Habsburger Monarchie während der letzten zwanzig Jahre in politischer und sozialer Hinsicht sehr grosse Fortschritte gemacht hat und in dieser Hinsicht höchstens von England übertroffen wurde. In der Habsburger Monarchie haben alle Nationen eine gesicherte Entwicklungsmöglichkeit. Trotz des bekannten § 14 achte die Regierung viel mehr die Wünsche der Bevölkerung als manche konstitutionelle und streng parlamentarische Staaten, wie z. B. Italien. Auch im jetzigen Krieg hat sich die Lebensfähigkeit der Habsburger Monarchie glänzend gezeigt. Wenn es Russland anfangs gelungen ist, einen grossen Teil Galiziens zu besetzen, so geschah dies deswegen: 1. Weil die ganze Wucht des russischen Angriffs gegen Oesterreich-Ungarn gerichtet war; 2. weil

Russland seine Mobilisierung viel früher durchgeführt hatte. Der weitere Verlauf des Krieges offenbarte die Kraft Oesterreichs-Ungarns, die Stärke seiner militärischen Organisation, die Schlagfertigkeit der Truppen usw. Die schrecklichen Kämpfe in den Karpathen und an der italienischen Front haben die Widerstandsfähigkeit der Monarchie in vollem Lichte gezeigt. Die polnischen Legionen, die ukrainische Legion, die rumänische Legion sind ein Beweis dafür, dass die in Oesterreich-Ungarn lebendenden Nationen den Staat zu schätzen wissen. Und doch hat noch vor kurzem der gelehrte Herr Miljukow den Zerfall Oesterreich-Ungarns prophezeit. Aber auch auf wirtschaftlichem Gebiete hat Oesterreich-Ungarn grosse Widerstandsfähigkeit gezeigt. Die inneren Anleihen haben im Gegensatz zu den russischen grossen Erfolg gehabt. Der Aushungerungsplan der Feinde der Monarchie ist kläglich misslungen.

Der weitere Teil der Broschüre befasst sich mit der Lage und Entwicklung Galiziens. Der Verfasser kommt auf Grund einer ganzen Reihe von Tatsachen zu dem Schlusse, dass die Erzählungen über die Verwahrlosung Galiziens unter österreichischer Herrschaft falsch seien. Die polnische Nation in Galizien hat eine volle politische und kulturelle Autonomie erlangt. Die Anhänger der russischen Orientierung sprechen gerne über das wirtschaftliche Elend Galiziens und über seine Inferiorität im Vergleich mit Kongresspolen. Der Verfasser unterzieht diese demagogische Behauptung einer scharfen Kritik und schliesst seine Broschüre mit einem Zitat aus dem Buche des russischen Professors Jastrebow, welcher Galizien während der russischen Invasion bereist hat und folgendes schrieb:

Die günstige Lage der Polen in Oesterreich hat sich hauptsächlich in drei Tatsachen offenbart: 1. Die von gewissen polnischen Kreisen in Galizien propagierte sogenannte jagellonische Idee wurde von den Habsburgern günstig aufgenommen. Das herzliche Verhältnis zwischen den Polen und der Dynastie in Oesterreich-Ungarn kam oft auch äusserlich zum Ausdruck, besonders deutlich während der russisch-österreichisch-ungarischen Spannung Ende der siebziger Jahre, während des russisch-türkischen Krieges, in der Mitte der achtziger Jahre, während des bulgarisch-serbischen Konfliktes, in den neunziger Jahren und schliesslich in den Jahren 1908 und 1912. 2. Die Polen haben dank ihrem Einflusse nicht nur in Galizien, sondern auch in Oesterreich leitende Stellen als Ministerpräsidenten, Ressortminister und sogar als Minister des Aeussern inne gehabt. Galizien erfreut sich tatsächlich einer viel grösseren Autonomie, als dies im Gesetze vom Jahre 1861 vorgesehen war.“ Der Verfasser bemerkt hierzu, dass die Angaben des russischen Professors zwar nichts Neues bieten, jedoch bemerkenswert sind, weil sie von einem Gegner Oesterreich-Ungarns stammen. Somit verstehen sogar die Russen aus dem panslawistischen Lager, welche Vorteile die Polen in Oesterreich-Ungarn erlangt haben.

Pressestimmen.

I. Polnische Presse.

Polnische Stimmen zur Kanzlerrede.

Der Krakauer **„Czas“** vom 6. April schreibt: „Indem der Kanzler die Notwendigkeit der Lösung der polnischen Frage durch die Zentralmächte betonte, schloss er somit die Möglichkeit der Auslieferung der polnischen Lande an Russland aus; in der Absicht jedoch, dieser Seite des deutschen Kriegsprogrammes eine stärkere Betonung zu verleihen, erklärte er an anderer Stelle, dass Deutschland nie dem reaktionären Russland die Völker zwischen der Baltischen See und den wolhynischen Sümpfen freiwillig ausliefern wird. Diese Erklärung hat für uns eine besondere Bedeutung, denn sie garantiert uns, dass das polnische Gebiet bei den künftigen Friedensverhandlungen nicht das Objekt der Austauschkombinationen sein, dass in keinem Falle ein Kompromiss zwischen Deutschland und Russland auf Kosten Polens stattfinden wird. Ein derartiger Kompromiss würde übrigens Deutschland nie die russische Freundschaft sichern, und in der polnischen Gesellschaft eine wohlberechtigte Erbitterung hervorrufen; eine ähnliche Lösung der polnischen Frage würde die Fortsetzung des gegenwärtigen Zustandes sein und in sich eine ständige Gefahr für Mitteleuropa bergen. Es ist gut, dass der Kanzler alle Zweifel in dieser Hinsicht beseitigt, und dank seiner offenen Aussprache treten schon jetzt die Absichten der Zentralmächte bezüglich Russlands klar und deutlich hervor. Die Erklärungen des Reichskanzlers in der polnischen Frage erlauben uns, einen Einblick in die allernächsten Ziele der deutschen Politik zu gewinnen und sind ein Beweis dafür, dass das polnische Programm der Zentralmächte sich nicht nach zufälligen Deutungen vorübergehender Strömungen, sondern im Einklang mit den höchsten Interessen des internationalen Gleichgewichts des europäischen Kontinents zu krystallisieren beginnt“.

In der **„Nowa Reforma“** vom 7. April schreibt Abg. v. Srokowski: „Zum ersten Mal seit hundert Jahren fällt aus einem deutschen Munde diese Behauptung (dass die Zentralmächte die Polenfrage lösen wollen), und zwar in einem Augenblicke, der dieser Ankündigung eine grosse historische Bedeutung verleiht. Hier ist der Scheidepunkt einer der grossen geschichtlichen Wege des grossen Volkes, das bis nun über die polnische Frage hinwegging. Und der deutsche Kanzler, der in seinen Ausführungen voller Ruhe und Würde so von seinen Berufskollegen jenseits der Schützengräber absticht, bewahrt auch bei der Aufstellung unserer Frage die ihn auszeichnende grosse Würde und Ehrlichkeit des Denkens. Ohne mit der Draperie der Tugend sich zu schmücken, ohne sich in

eine Deklamation über „Brüderschaften“ einzulassen räumt er einfach ein, dass die polnische Frage wieder da ist — wollte doch weder Deutschland, noch Oesterreich-Ungarn im Gegensatz zum Grossfürsten Nikolai Nikolajewitsch die polnische Frage aufwerfen, — u. z. durch die Macht der Dinge, durch die Verfügung der Schlachten. In der Auffassung des Reichskanzlers ist die polnische Frage, durch den Lauf der Kriegsereignisse gestellt, nicht ein willkürlicher Willensakt, nicht ein diplomatisch-politischer Schachzug, sondern eine reale Tatsache, als Konsequenz der bisherigen Abwicklung der Kriegsereignisse, die ausserhalb der Willenssphäre der kriegführenden Mächte liegen. Aus der Aufstellung der polnischen Frage schmiedet der Reichskanzler kein politisches Kapital, spinnt kein Netz für das künftige diplomatische Spiel, sondern gesteht aufrichtig eine geschehene Tat ein, die als solche ausserhalb der politischen Trumpfsphäre sich befindet, welche man nach Belieben gebraucht, wie das eben mit der polnischen Frage Russland und seine Verbündeten mit Vorliebe betreiben. In dieser objektiven Stellung des Kanzlers gegenüber der Daseinstatsache der polnischen Frage steckt der prinzipielle Unterschied zwischen dem Charakter und dem realen Werte seiner Ankündigung und derjenigen Russlands und seiner Verbündeten.“

„Naprzód“ vom 9. April: „Die Erfahrung zeigte, dass der deutsche Kanzler ein sehr nüchterner Redner sei, der jedes Wort auf die Wagschale nimmt. Seine Rede ist der denkbarste Gegensatz zu den Auftreten Asquith's und Briand's. Um so weniger lässt sie sich mit der perfiden Demagogie eines Ssasonow et tutti quanti vergleichen, die heute, als es nicht mehr in ihrer Macht steht uns zu martern, uns für „Brüder“ erklären und in erzwungenen Umarmungen uns mit in den Sumpf hineinziehen wollen. Wir sind nicht ein König Lear, der in der Atmosphäre der Unterwerfung und im Nebel des Schmeichelns derart seinen Kritizismus einbüsst, dass hinterlistige Phrasen über seine Gunst entscheiden. Wir sind keine Könige, — und um beim Vergleich zu bleiben — eher wären wir mit dem den Glanz der Vergangenheit eingebüssten, tragischen Lear zu vergleichen . . . Schwere Erlebnisse zwangen uns zum Kritizismus . . Auf die perfiden. „brüderlichen“ Liebäugeleien der Nachkommen der Murawiew, Hurko, Apuchtin usw. wird kein verständiger Pole mehr eingehen. Als konkretes Ergebnis, offiziell verkündet, bleibt uns nur die kanzlersche Enunziation, trotzdem sie — wir betonen es nachdrücklich — in Bezug auf Polen nicht zu Ende geführt wurde; aber in dem Gesagten offenbart sich der Ausdruck nicht vorübergehender Kombinationen, sondern eines entschlossenen Willens. Als flüchtige, aber autentische Skizze — hat die Rede somit eine viel höhere Bedeutung, besonders mit der schwerwiegenden Unterschrift der Sieger versehen, als das gefälschte Bild der auf die polnische Naivität und polnische Unwissenheit rechnenden Spekulanten . . . “

Der Warschauer „**Goniec Wieczorny**“ schreibt: „Die Erklärung des Kanzlers ist hochwichtig. Obgleich sie keine genaueren Angaben bezüglich des Umfanges, der politischen Form und keine konkreten Einzelheiten der Lösung der polnischen Frage aufweist, so enthält sie doch immerhin ein gewisses Inhaltsquantum, das unsere Lebensfrage anf eine richtige Basis stellt. Besteht doch die polnische Frage in der Tatsache, dass eine kulturelle, historische Nation, jeder eigenen politischen Form und der normalen Entwicklungbedingungen bar, existiert. Die Lösung dieser Frage kann nichts anderes bedeuten, als die Erreichung dieser Bedingungen, sowie Schaffung solcher Organisationsnormen, die den Hoffnungen und den gemeinsamen Bedürfnissen der Nation entsprechen würden.

„Ohne auf die konkreten Möglichkeiten, die der vom Kanzler in den Vordergrund gerückte allgemeine Grundsatz plausibel macht, einzugehen, wünschen wir die Aufmerksamkeit der Leser auf die grosse Perspektive, die sich auch auf unsere Frage wie auch auf alle durch den Krieg hervorgerufenen politischen Aufgaben bezieht, lenken.

„Der Lauf der Ereignisse schälte die polnische Frage heraus, und sie nimmt jetzt in den internationalen Kombinationen die gleiche Stellung wie zur Zeit Napoleons ein.“

II. Deutsche Presse.

Polnische Einigung.

Ueber den Zusammenschluss der polnischen Parteien in Galizien schreibt u. a. der Wiener Korrespondent des Frankfurter „General-Anzeigers“:

„Mit der Befreiung Kongresspolens vom russischen Joch hat die polnische Nationalidee, die sich ja nie ganz unterdrücken liess, neue Nahrung erhalten und das polnische Zusammengehörigkeitsgefühl ist in den Polen stärker als alle Parteigegensätze. Lebt doch der Pole nur für seine nationale Idee. Ein polnisches Blatt brachte jüngst einen Scherz, der in launigen Worten eine tiefe Wahrheit ausdrückt. Ein Deutscher, ein Franzose und ein Pole wurden von ihren Regierungen nach dem Orient geschickt, den Elefanten zu erforschen. Der Deutsche kam nach Hause und schrieb ein vielbändiges, gründliches Werk über den Elefanten. Der Franzose sandte von unterwegs ein Feuilleton über das Liebesleben des Elefanten an sein Leibblatt. Der Pole aber veröffentlichte nach seiner Rückkehr in der verbreitetsten polnischen Zeitung eine Artikelserie über „den Elefanten und die polnische Frage“. Da nun gerade jetzt die polnische Frage eine Aktualität erreicht hat, wie seit Jahrzehnten nicht, ist es begreiflich, dass die polnischen Politiker alles Trennende beiseite setzen und nur Polen sein wollen. Man muss in dieser Hinsicht Respekt vor einem Volke haben, das soviel Nationalgefühl, das so grossen Unabhängigkeitsdrang besitzt — gesellten sich zu

diesen Tugenden auch noch andere, so wäre die Zukunft des polnischen Volkes ganz anders als seine Vergangenheit. Jedenfalls aber verdient die Einigung der polnischen Parteien zu einem grossen Zweck die vollste Anerkennung.

Seit den Augusttagen des Jahres 1914 arbeiten die Polen Oesterreichs auf ein ganz bestimmtes Ziel hin. Die Errichtung der polnischen Legion liess dieses Ziel bereits erkennen. Die Einrichtung dieser Freiwilligen-Formation, die im Kriege wesentliches geleistet hat, erfolgte weniger zur Verteidigung Oesterreichs gegen die Russen als zur Befreiung der Polen vom russischen Joch. Es gab recht wesentliche Schwierigkeiten wegen des Fahneneides dieser polnischen Legionäre, und die ostgalizische Legion musste aufgelöst werden, weil sie ihre Ziele zu unverhüllt zeigte. (Die Sache verhielt sich anders. Schriftleit der „Poln. Bl.“) Die Legionäre bilden auch eine Armee für sich in der österreichisch-ungarischen Armee; statt der Rosette tragen sie den weissen polnischen Adler an der Kappe und auch andere Abzeichen charakterisieren sie als Angehörige einer besonderen Körperschaft, die nur zufällig die gleichen Ziele verfolgt wie die österreichisch-ungarische Armee. Man hat natürlich durchaus recht getan, den polnischen Freiwilligen diese Zugeständnisse zu machen. Sie haben sich unter ihrem Weissen Adler trefflich gegen die Russen geschlagen, und wenn sie bessere Polen als Oesterreicher sind, so ist das an sich nicht ganz unbegreiflich, und ausserdem dienen sie doch auf ihre Weise auch Oesterreich. Die Heeresleitung hat sich zudem ihren Einfluss auf die Legion gewahrt.

Nun ist die Frage, ob die Wünsche, die man in polnischen Kreisen seit Kriegsausbruch besonders inbrünstig hegt, sich überhaupt erfüllen können. Diese Wünsche sind von unseren galizischen Polen schon einmal ausgesprochen worden; sie gehen auf eine Autonomie Polens hinaus. Der deutsche Reichskanzler hat, wie erinnerlich, angedeutet, dass die polnischen Wünsche sehr wohl in wohlwollende Erwägung gezogen werden können, und die materiellen Voraussetzungen hierfür sind dadurch gegeben, dass Kongresspolen sich im Besitz der verbündeten Truppen befindet, dass also nur noch Deutschland und Oesterreich Ungarn über die Zukunft Polens zu bestimmen haben.

Es wird nicht leicht sein, die polnische Frage so zu regeln, dass alle Polen damit zufrieden sein werden. Aber das braucht uns vorerst noch nicht allzuviel zu kümmern. Tatsache ist die Einigung der Polen — das Ziel dieser Einigung kann nur eins sein: die Arbeit für die national polnischen Wünsche. Dagegen ist nichts einzuwenden, solange diese Wünsche mit den Interessen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands nichs in Kollision geraten“.

Ueber die weltpolitische Bedeutung des deutsch-russischen Krieges äussert sich in einem interessanten Aufsatze der „Deutschen Politik“ (Nr. 12) J. Hashagen, Bonn. Hier die Hauptgedanken:

Die weltpolitische Bedeutung des deutsch-russischen Krieges kann man allseitig nur bestimmen, wenn man wenigstens den russischen Hauptfeind, der sich aber keineswegs immer in ein amtliches Gewand gehüllt hat, kennen lernt und sich davon überzeugt, dass er es ist, gegen den sich der deutsche Krieg richtet.

Dieser Hauptfeind ist der russische Wille zur Ausdehnung, zur Unterwerfung anderer Völker, zur „Sammlung russischer Länder", der Wille, den Anteil Russlands an der Weltherrschaft ständig zu vergrössern, die russische Weltmacht nach allen Seiten unersättlich weiter auszubauen, mit einem Worte der russische Imperialismus. Deutschland verteidigt in seinem Kriege gegen Russland nicht nur sein Bündnis mit Oesterreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien, die Fülle seiner Orientinteressen, sondern es verteidigt ja viel, viel mehr als das: seine eigene Existenz, sich selbst gegen den russischen Imperialismus.

Schon wenn man den Wurzeln des russischen Imperialismus nachgräbt, wird man in Schrecken gesetzt durch ihre Tiefe, ihre Ausdehnung, ihr Alter, ihre Festigkeit. Der Ausdehnungswille des Russen hängt mit seiner Religion zusammen. Der russische Imperialismus hat eine religiöse Wurzel, die viel tiefer sitzt als die religiöse bei den Angelsachsen.

Als weitere Triebkraft der russischen Ausdehnung arbeitet der grossrussische Nationalgedanke. Der grossrussische Nationalismus innerhalb Russlands ist eine der stärksten Triebkräfte des grossrussischen Imperialismus ausserhalb Russlands. Zu diesen alten, wenn man will mehr idealen Motiven, kommt endlich ein ganz modernes materielles. Der Ausdehnungswille eines Bauernvolkes muss eine agrarische Wurzel haben, eine Wurzel in der russischen Erde selbst. Die seit der Revolution begonnene Agarreform hat diese Wurzel erst zu vollem Wachstum gebracht. Der Imperialismus wird zum Landhunger des grossrussischen Bauern.

Die Ziele des russischen Imperialismus scheinen zunächst in unabsehbarer Ferne zu liegen. Aber neben den gleichsam überirdischen Zielen der russischen Weltmachtsphantasie erscheinen recht irdische völlig greifbare. Zu diesen Wirklichkeitszielen der russischen Ausdehnung gehören die bekannten eisfreien Häfen. Soweit sie in Asien liegen, ist Russlands Streben nach ihnen für Deutschland ungefährlich. Soweit sie aber in Europa und im Orient liegen, werden Deutschlands Interessen durch das Streben nach diesem Ziele aufs schwerste gefährdet. Das sieht man bei Alexandrette und bei Konstantinopel. Die Meerengen im russischen Besitz bedeuten aber nicht nur die völlige Vernichtung jeder selbständigen deutschen Orientpolitik, sondern man tut auch gut, sich in diesem Zusammenhange Friedrichs des Grossen zu erinnern, der auf die Frage, warum er den Russen Konstantinopel nicht gönnen wollte, zur Antwort gab: weil sie dann am anderen Tage in Königsberg wären. „Erst mit Königsberg,

Danzig und Stettin würde der russische Gigant einen nördlichen Lungenflügel bekommen, durch den er auch im kältesten Winter zu atmen vermöchte". Der Kampf um die Vorherrschaft in der Ostsee, um das Dominium maris Baltici, ist wohl nach deutscher, aber nicht nach russischer Ansicht erledigt. Die Gefahr für Deutschland wird auch abgesehen von jener Warnung Friedrichs des Grossen erst dann klar, wenn man sich noch ein Doppeltes zum Bewusstsein bringt: die durch die Kriegserfahrungen erst recht enthüllte völlige Unzulänglichkeit der jetzt in russischem Besitze befindlichen Häfen für ein auf Ausfuhr und jetzt während des Krieges besonders auf Munitionseinfuhr angewiesenes 170-Millionen-Volk und sodann die geschichtliche Tatsache des fast völligen Scheiterns des russischen Strebens nach den eisfreien Häfen. Daraus ergibt sich, dass Russland dies sein wirklich oder auch nur angeblich notwendiges Streben stets wieder aufnehmen wird.

Das andere Ziel der russischen Ausdehnung ist ganz allgemein der Westen. An der russischen Westgrenze verfolgt die russische Politik seit langem Ziele, die weiter reichen als nur bis zur Unterwerfung der Slawen. Mit dem Ausdrucke panslawistisch ist diese Politik schon deshalb nicht genügend charakterisiert, weil sie auch die Unterwerfung nichtslawischer Völker erstrebt und von jeher erstrebt hat. An der Westgrenze haben die Russen ein gewaltiges Vorgelände für die grossrussische Festung geschaffen.

Aeusserlich ist die Vergrösserung des Westgebietes zwar seit 1815 im wesentlichen zum Stillstand gekommen. Aber innerlich ist die Eroberung durch die Russifizierung fortgesetzt worden. Die Russifizierungspolitik war das sichere Zeichen dafür, dass eines Tages die alte Eroberungspolitik an der Westgrenze wieder aufgenommen werden würde.

Königsberg ist für die Russen dann nicht nur als eisfreier Hafen erstrebenswert. sondern auch als Vorort eines neuen russischen Grenzorganismus, dem dasselbe Schicksal zugedacht war, wie es die andern schon unter russischer Herrschaft stehenden Grenzorganismen erlitten haben. Denn Einordnung in diesen dem Angriffe und der Eroberung dienenden Grenzorganismus — das ist das Westgebiet im weitesten Sinne — bedeutet Russifizierung. An der andern sogenannten russischen Eroberung, an Galizien, kann man das noch besser erkennen.

Die Ziele der russischen Ausdehnung wären für Deutschland nur halb so gefährlich, wenn sie nur von einigen wenigen Personen oder Kreisen vertreten würden. Das glaubte man in Deutschland allgemein; man glaubte, dass einerseits die am weitesten zurückgebliebenen und andererseits die wenigstens in ihren politischen Anschauungen am meisten fortschrittlichen Bevölkerungsgruppen als Träger des Imperialismus nur ausnahmsweise gelten könnten: also einerseits das Bauerntum und andererseits Liberalismus und Radi-

kalismus. Allein beide Annahmen haben sich als irrig erwiesen. Man hat sich in Deutschland den Krieg Russlands wohl so vorgestellt, dass eine ehrgeizige Kriegspartei, geschart um einige Grossfürsten, hauptsächlich am Kriege schuld sei und das arme ungebildete Volk mit sich gerissen habe.

Alle nicht nur der Zar und die Grossfürsten und die Popen und die Heiligenbilder, sondern auch das russische Volk steht gegen Deutschland im Felde und hinter ihm der Geist des russischen Imperialismus. Es ist der russische Eroberungswille, der die russischen Massenheere zuerst vorwärts getrieben hat. Und dann später, als die Niederlagen kamen, hat dieser selbe Geist und dieser selbe Wille bewirkt, dass die Russen eine schwere Niederlage nach der andern auf sich nahmen und in aussichtslosem Kampfe noch immer ausharren. —

Wenn man sich von der Tiefe und Volkstümlichkeit des russischen Ausdehnungsstrebens überzeugt, die greifbaren, die Existenz des Deutschen Reiches erschütternden Wirklichkeitsziele der russischen Eroberer kennen gelernt und sich zu der Ueberzeugung durchgerungen hat, dass für das uralte, mongolisch bestimmte Eroberideal nicht nur kriegslüsterne Grossfürsten nebst Anhang kämpfen, sondern ein ganzes Volk: wenn man diesem furchtbarsten Feinde Deutschlands in sein hassverzerrtes, blutiges Antlitz geblickt hat: erst dann ist man befähigt, die weltpolitische Bedeutung und damit den weltgeschichtlichen Sinn des deutsch-russischen Krieges zu ermessen. Nun sieht man: das ist kein Krieg mehr nur um die Selbständigkeit Südosteuropas und um die Orientinteressen Deutschlands, sondern es ist ein Verteidigungskampf auf Leben und Tod gegen die russische Weltpolitik, nicht in Ostasien, sondern an der deutschen Ostgrenze, ein fürchterlicher Grenzkrieg, wie ihn die Geschichte noch nicht gesehen hat.

NOTIZEN.

Das polnische Hilfskomitee in Vevey. Das in Vevey unter Vorsitz Henryk Sienkiewicz' bestehende polnische Hilfskomitee veröffentlicht soeben seinen Jahresbericht (9. Januar 1915 — 9. Januar 1916). Das gesamte Jahreseinkommen beziffert sich auf 6,675 124.04 Fr., die ausgezahlten Subsidien — 6,075 643.59 Fr., Unkosten — 26,518 94 Fr. Die Subsidien verteilen sich für die Zeit vom 1. 6. 1915 — 9. 1. 1916 folgendermassen:

1. Für den von Deutschland okkupierten Teil des Königreichs Polen	1.341 386,80 Fr.
2. Für den von Oesterreich okkupierten Teil des Königreichs Polen	515.000 Fr.
3. Für Galizien	540.023,79 Fr.

4.	Für den von Deutschland okkupierten Teil Litauens	309.548,50 Fr.
5.	Für polnische Flüchtlinge in Oesterreich	41 714 Fr.
6.	Für polnische Flüchtlinge in Russland	450 802 Fr.
7.	Für polnische Kriegsopfer in der Schweiz . . .	11 065 Fr.
8.	Verschiedene Unterstützungen	35.492,50 Fr.

Die Ergebnisse der Tätigkeit des Komitees für die Zeit vom 9. Januar 1915 bis 1. Januar 1916 stellen sich folgendermassen dar:

Summe der Geldsammlungen vom 9. 1. 1915 bis 31. 8. 1915	3.645.445.60 Fr.
" " " " 1. 9. 1915 bis 9. 1. 1916	3 020.578.44 Fr.
	6 675.024.04 Fr.
Ausgaben vom 9. 1. 1915 bis 31. 8. 1915	2.830 663.00 Fr.
" " 1. 9. 1915 bis 9. 1. 1916	3.244.980 59 Fr.
insgesamt	6.075 643.59 Fr.

Konsolidierung der Polen. Im Monate Mai findet in Krakau eine feierliche Vollversammlung des Obersten Nationalkomitees statt in derselben Zusammensetzung, in der am 16. August 1914 das Nationalkomitee konstituiert wurde. An dieser Versammlung werden alle Reichsrats- und Landtagsabgeordneten, sowie auch die Vertreter des Episkopats und die hervorragensten Persönlichkeiten des politischen Lebens Galiziens teilnehmen. Diese Versammlung soll in feierlicher Form die Einigkeit der galizischen Polen kundgeben und Neuwahlen fürs Oberste Nationalkomitee treffen. Autoritative Vertreter der Warschauer politischen Organisation haben gleichfalls ihre Ankunft in Krakau angekündigt.

(PP.) **Die Tätigkeit des Arbeitsvermittlungsbureaus in Warschau.** Das Arbeitsvermittlungsbureau in Warschau hat während seiner halbjährlichen Tätigkeit 17.809 Arbeitern Arbeitsgelegenheit gegeben, darunter wurden 10.472 Arbeiter, hauptsächlich professionelle Handwerker nach Deutschland geschickt, und zwischen verschiedene Arbeitszweige in Polen 7.337 Arbeiter (4.820 Juden) verteilt.

Landwirtschaftliche Gesellschaft Grodno Die Grodnoer Landwirtschaftsgesellschaft hielt, wie wir der „Grodnoer Zeitung" entnehmen, am 15. März im Saale des Syndikats eine Mitgliederversammlung ab. Auf Vorschlag des Vorsitzenden, Fürsten Sapieha, wurden die geflüchteten Vorstandsmitglieder aus dem Vorstande ausgeschlossen und eine Ersatzwahl vorgenommen. Syndikatsdirektor Lodt berichtete, dass der Warenumsatz, der für das Jahr 1913 700 000 Rubel betragen hatte, sich für 1915 auf 130 000 Rubel stellte. Das Syndikat besitzt noch einen Warenbestand, hauptsächlich an wirtschaftlichen Maschinen, im Werte von etwa 235 000 Rubel. Ueber die Beschaffung von Saatgut entspann sich eine längere Diskussion. Das Syndikat verfügt bereits über eine grössere Menge Gemüsesämereien.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg
Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski, Wilmersdorf.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr. 42.

Carl Heymanns Verlag, Berlin W. 8.

Vor wenigen Tagen gelangte zur Ausgabe:

DIE POLNISCHE FRAGE

von Dr. ADOLF GRABOWSKY.

Der Herausgeber des „Neuen Deutschland" bietet hier auf Grund eingehender Erforschung der Probleme im Lande selbst eine umfassende Darstellung der polnischen Frage. **Die Schrift ist ohne Zweifel ein wichtiger Beitrag zur Polenfrage.**

Die Reichhaltigkeit des Inhaltes zeigt schon die nachfolgende Angabe der Kapitelüberschriften:

1. Das polnische Land / 2. Polen und Juden / 3. Der polnische Antisemitismus / 4. Wesen des Ostjudentums / 5. Aussichten des Ostjudentums / 6. Aussichten des Polentums / 7. Die polnischen Parteien. 8. Polen und Russland. / 9. Der Charakter des Polen. / 10. Polen und Deutschland. / 11. Allgemeine Voraussetzungen zur Lösung der Polenfrage. / 12. Die Forderungen der Zentralmächte und die Wünsche der Polen / 13. Die falsche Lösung / 14. Die rechte Lösung / 15. Ergebnisse für die preussische Polenfrage / 16. Ergebnisse für die Judenfrage / 17. Polnisches Schicksal.

Der Umfang beträgt 108 Seiten. Preis 2 Mark.

Bestellungen nimmt jede Buchhandlung entgegen, sowie **Carl Heymanns Verlag, Berlin W. 8,** Mauerstr. 43/44.

Neuerscheinung.

Die polnische Literatur der Gegenwart.

Eine Skizze

von

W. Feldman.

Berlin

Verlag von Karl Curtius

Preis 0,80 Mk.

Pressestimmen über die „Polnischen Blätter".

Berliner Tageblatt, Nr. 508:

„Unter der bewährten Redaktion von W. Feldman erscheint seit dem 1. d. M. im Verlage von Karl Curtius zu Berlin eine neue, den Bestrebungen der Polen gewidmete Rundschau unter dem Titel: „Polnische Blätter". Das erste uns vorliegende Heft enthält unter anderem sehr lesenswerte Beiträge.

Die Christliche Welt, Nr. 46:

Polnische Blätter. Es liegen uns die ersten drei Hefte vor .... — Sehr unterrichtend. Hierzu die wichtige Schrift von Feldman oben im alphabetischen Verzeichnis.

Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 553 vom 19. II:

Wer sich über Stimmungen und Strömungen, Hoffnungen und Befürchtungen im polnischen Lager unterrichten will, tut gut, die „Polnischen Blätter" zu beachten.

Germania, vom 8. X. 1915:

Der bekannte Vorkämpfer für die Lösung der polnischen Frage — Wilhelm Feldman — gibt im Verlag von Karl Curtius, Berlin, eine Rundschau unter dem Titel „Polnische Blätter" heraus, deren erstes Heft soeben erschienen ist. Aus dem Inhalt erwähnen wir nur die sehr lesenswerten Beiträge u. s. w. Die Zeitschrift wird zur Kenntnis polnischen Wesens in Deutschland beitragen.

Das Grössere Deutschland, Nr. 48:

Herr W. Feldman, der als Herausgeber zeichnet, ist den Lesern unserer Zeitschrift kein Fremder, sein Name bietet eine Gewähr dafür, dass die Zeitschrift im Sinne einer Verständigung zwischen Deutschland und Polen geleitet wird. In diesem Sinne sind auch die Artikel der ersten Nummer gehalten, insbesondere „Unsere Aufgaben" von Prof v. Jaworski und „Zur deutsch-polnischen Verständigung" von K v. Srokowski . . .

Der Panther, Nr. XI. 1915:

Eine interessante Kriegsgründung sind die Polnischen Blätter. Sie bringen von polnischer wie von deutscher und österreichischer Seite interessante Beiträge und lassen alle Stimmen zur Geltung kommen, um die neugeschaffene polnische Frage zu klären. Die Aufsätze des Präsidenten des Obersten Polnischen Nationalkomitees, Prof v. Jaworski, des galizischen Landtagsabgeordneten v. Srokowski, sowie Prof Brückners und Schmollers Beiträge aus den ersten Heften seien besonders hervorgehoben..

Strassburger Post, 23 Dezbr. 1915:

Die im ersten Jahrgang stehende dreimal monatlich erscheinende Zeitschrift behandelt in sehr interessanter und vielseitiger Weise das Problem der Polen, das durch den Weltkrieg zu so ungewöhnlicher Aktualität gebracht wurde. Obwohl die Herausgeber offenbar Nationalpolen sind und das autonome Königreich enstreben — wohl im Anschluss an Oesterreich-Ungarn, — wird die Nationalitätenfrage mit möglichster Objektivität behandelt und auf ein gutes Verhältnis zwischen Polen und Deutschen hinzuarbeiten versucht Wer an dem politischen und natoinalen Problem der Polenfrage Interesse nimmt, wird aus diesen Polnischen Blättern Belehrung und wertvolle Aufschlüsse in mancher Hinsicht entnehmen können.

Der Tag, 30 Januar 1916:

Ueber Stimmungen und Strömungen im polnischen Lager unterrichten vortrefflich die „Polnischen Blätter". Die Grundrichtung der Zeitschrift ist die nationalpolnische, aber diese Richtung wird nicht einseitig und engherzig verfolgt, sondern der Herausgeber lässt auch gern wohlmeinende deutsche Stimmen zu Worte kommen und veranlasst sogar Aeusserungen von deutscher Seite.

Die Welt auf Reisen, Nr. 1. 1916:

„Das schwierigste, aber auch das spannendste Problem unserer Zeit, die Frage der Neugestaltung Polens, findet in dieser Zeitschrift eine lichtvolle, lebensprühende Behandlung. Die besten Kenner der Geschichte, der Verhältnisse Polens und seiner Volksseele scharen sich als Mitarbeiter um den Herausgeber".